

Liebe Freunde, liebe Gäste,

ich darf Sie recht herzlich im Namen der Bürgerinitiative "Offene Heide" zum 234. Friedensweg insgesamt und zum ersten im Jahr 2013 begrüßen.

Ich wünsche Ihnen für das Jahr 2013 Gesundheit, persönlichen wie beruflichen Erfolg, aber vor allem uns Allen ein friedvolleres Jahr.

Ein Jahreswechsel bietet immer auch die Chance für eine kleine Bilanz. Und so wird in den unterschiedlichsten Bereichen in dieser Zeit eine kleine Rückschau gehalten, in der Politik, in der Kultur oder auch im Sport. Auch aus friedenspolitischer Sicht lohnt sich ein solcher, kritischer Rückblick auf das abgelaufene Jahr.

Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung berechnete für das Jahr 2012 weltweit 34 Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen. Die am stärksten betroffenen Weltregionen waren Afrika, der vordere und mittlere Orient und Asien. Damit gab es im letzten Jahr global 3 Kriege weniger als im Vorjahreszeitraum. Das ist zwar erfreulich, aber von einem Paradigmenwechsel kann man nicht sprechen, da "Krieg" leider auch 2012 zum Mittel von Politik gehörte, und das weltweit.

Und wenn auch 2012 Europa wiederum von Kriegen und ähnlichen Auseinandersetzungen verschont blieb, so waren europäische Heere jedoch an zahlreichen Konflikten in der Welt beteiligt. Allein die Bundeswehr war im vergangenen Jahr - wenn man den Begriff weit fasst und alle Einsätze außerhalb der Bundesrepublik einberechnet - an 11 Auslandseinsätzen beteiligt. Die meisten Soldaten mit etwa 4.800 Soldaten in Afghanistan, aber auch zahlreiche Militärs am Horn von Afrika, im Libanon oder auch im Kosovo.

Eine tatsächliche Beendigung des Kriegseinsatzes in Afghanistan ist nicht in Sicht. Den für Ende 2014 angekündigten Rückzug der Nato-Truppen bezeichnen Experten als "Mogelpackung", da ein Verbleib der Nato über diesen Zeitraum hinaus längst beschlossene Sache sei. Alle von der Bundesregierung verkündeten Abzugspläne sollte man gerade vor dem Hintergrund der in diesem Jahr anstehenden Bundestagswahl kritisch betrachten. Und auch die Situation in Syrien macht uns weiterhin große Sorgen. Die Äußerungen des türkischen Präsidenten Erdogan lassen ein Eingreifen der NATO immer wahrscheinlicher werden und das dann auch wieder mit deutscher Beteiligung.

So müssen wir leider auch für 2012 konstatieren, dass die Bundeswehr weiter hin zu einer "globalen Interventionsarmee" entwickelt wurde. In diesem Kontext muss auch die Entscheidung der Bundeswehr, in der Colbitz-Letzlinger Heide eine Übungsstadt für insgesamt 100 Millionen Euro zu bauen, betrachtet werden, denn in der rund 6 Quadratkilometer großen Stadt "Schnöggersburg" sollen die Bundeswehrsoldaten künftig den Straßen- und Häuserkampf üben, um diese auf die urbanen Kampfeinsätze im Ausland vorzubereiten.

Diese Entscheidung ist zweifellos ein Rückschlag für all jene, die sich für eine ausschließlich zivile Nutzung der Heide aussprechen und engagieren. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich in seiner letzten Sitzung im Jahr 2012 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE mit diesem Projekt, aber auch der Zukunft der anderen Truppenübungsplätze im Land beschäftigt.

Eine politische Mehrheit gegen das wirtschaftlich wie politisch unsinnige Projekt "Schnöggersburg" und auch für die Konversion anderer Standorte ist derzeit nicht in Sicht. Wir müssen an dieser Stelle den KommunalpolitikerInnen in Sachsen-Anhalt, die für die Verbesserung ihrer kommunalen Infrastruktur, die unbedingt notwendige Sanierung der Kindereinrichtung oder auch der Grundschule am Ort, kämpfen, unablässig vor Augen halten, dass hier in der Heide 100 Millionen Euro buchstäblich in den Sand gesetzt werden

Das sollte uns jedoch nicht entmutigen, sondern Ansporn sein, uns auch im Jahre 2013 weiter für eine ausschließlich zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide, eine friedlichere Welt, in der Krieg als Mittel der Politik geächtet wird und Rüstungsexporte der Vergangenheit angehören, einzusetzen. Nicht zuletzt die Bundestagswahl im September dieses Jahres eröffnet der Friedensbewegung im Land die Chance, mit ihren berechtigten friedenspolitischen Forderungen außerparlamentarisch und in den Parlamenten wieder deutlicher vernehmbar zu werden.